



Am 11. April demonstrierten 5000 Menschen für bessere Löhne im öffentlichen Dienst und bei der Telekom. So viele waren seit Jahrzehnten nicht mehr auf den Straßen Darmstadts um für höhere Löhne zu demonstrieren. Es ist ein deutliches Zeichen, dass der gute, alte Arbeitskampf immer noch da ist.

## INHALT

### SEITE 2:

STATT - PLANUNG

RASSISMUS IN DARMSTADT

### Seite 3:

DER VERGESSENE KREIS  
DER HÖLLE

HALTESTELLEN WILLY-  
BRANDT-PLATZ & MEHR

### SEITE 4:

SOZIALWOHNUNGEN  
AB DURCH DIE MITTE

Adresse  
Bürgersprechstunde  
Öffentliche Fraktions-  
sitzungen  
Spendenkonto

## Reichtum besteuern!

### Für eine zukunftsorientierte und soziale Kommunalpolitik

#### Warum wir den grün-schwarzen Haushalt 2018 abgelehnt haben

Andere Oppositionsfraktionen und manche Journalisten beklagen sich, dass der grün-schwarze Magistrat nicht „richtig an die Ausgaben herangehen“ würde. DIE LINKE beteiligt sich nicht an dieser Kritik. Denn erstens können sich nur die Reichen eine kaputtgesparte Kommune leisten. Zweitens stimmt diese Behauptung aber auch gar nicht: Die Stadt fährt ihr Personal dauerhaft auf Verschleiß. Sie legt die bürgerschaftliche Initiative in Kultur und Sport sowie die kommunalen Bildungsangebote allmählich trocken, indem sie nun die Haushaltssperren der Vorjahre dauerhaft in den Haushalt eingearbeitet hat. Und sie verweigert einkommensschwachen Bürgerinnen und Bürgern weiterhin erschwungliche Mobilität in Form eines deutlich vergünstigten Sozialtickets für Bus und Bahn.

Das Dauerproblem der Städte und Gemeinden ist die strukturelle Unterfinanzierung. Während der Wirtschaftskrise zeigte sich das in enormen Defiziten: in den vier Jahren von 2009 bis 2012 wuchsen unsere Schulden um satte 250 Mio Euro. 2014 war die Krisenphase beendet, und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbesserten sich Jahr für Jahr. In einem Staat mit vernünftiger Wirtschafts- und Finanzpolitik wäre die Finanzierung der Kommunen so gestaltet, dass die Stadt Darmstadt, wenn die Wirtschaft brummt, ohne schmerzhaft Kürzungen Schulden tilgen könnte, um auch in schlechteren Zeiten handlungsfähig zu sein. Gleichzeitig wären sie in der Lage, die Infrastruktur instand zu halten, beispielsweise durch Sanierung der Rathäuser und der Schulen. Und außerdem wäre noch Geld da, um ein

kraftvolles Zukunftsinvestitionsprogramm z.B. für den öffentlichen Verkehr und für Radwege in Gang zu setzen. Wir wissen alle, dass es nicht so ist. Und leider haben wir uns schon daran gewöhnt und finden es normal.

Die Steuereinnahmen steigen zwar stark, aber sie werden für die Pflichtaufgaben der Kommunen komplett aufgebraucht. Von 2014 bis heute hat die Stadt jährliche Mehreinnahmen aus Einkommens- und Umsatzsteuer sowie aus Landes-Zuweisungen in Höhe von 50 Mio Euro erhalten. Das ist nicht wenig, doch diese stattliche Summe wird komplett aufgebraucht durch höhere Kosten für die Sozialtransferleistungen Hartz IV und Grundsicherung, für die ausgebauten Kinderbetreuung und für die Versorgung von Menschen mit Behinderung.

Da auch in anderen Bereichen die Kosten steigen und die Stadt wächst, benötigt die Koalition mitten im wirtschaftlichen Aufschwung für ihre „grün-schwarze Null“ zusätzliche Erträge aus den Kommunalsteuern: einmal 15 Mio Euro aus der unsozialerweise deutlich erhöhten Grundsteuer sowie 10 Mio Euro aus der im vergangenen Jahr endlich auch einmal angehobenen Gewerbesteuer. Ein Gewinnabzug von der Sparkasse sowie viele glückliche Einmaleffekte ermöglichten schließlich einen ausgeglichenen Haushaltsansatz, der allerdings für Soziales, Kultur und Bildung keine zusätzlichen Spielräume öffnet. Das ist wahrlich kein Grund zur Zufriedenheit.

Wir brauchen keine Stadtregierung, die sich mitten im Wirtschaftsaufschwung für einen ausgeglichenen Kürzungshaushalt feiert, aber wir brauchen auch keine Opposition, die noch weitere Ausgabenkürzungen fordert. Wir brauchen eine bundesweite Steuer- und Verteilungspolitik, die zukunftsorientierte und

soziale Kommunalpolitik ermöglicht! Wir waren die einzigen, die das in der Haushaltsdebatte deutlich gemacht haben.

Was hätte DIE LINKE, im engen Korsett der oben beschriebenen Rahmenbedingungen, anders gemacht?

Wir hätten schon vor fünf Jahren die Gewerbesteuer noch etwas deutlicher erhöht als die Koalition es im letzten Jahr nun endlich getan hat, aber dafür die Grundsteuer auf niedrigem Niveau belassen. Das wäre Null auf Null aufgegangen, aber sozial gerechter gewesen. Im Haushalt 2018 hätten wir die Gewinnabführung der Sparkasse um 1 bis 2 Mio Euro erhöht und fragwürdige Projekte wie die Videoüberwachung oder das Technologie- und Gründer-Zentrum gestrichen. Wir hätten 500.000 Euro (und in den folgenden Jahren 1 Mio Euro) für ein anständiges Sozialticket eingesetzt. Und wir würden die „Freiwilligen Leistungen“ in den Bereichen Kultur, Sport und Bildung erhalten, anstatt sie dauerhaft um 10% abzusenken und weitere 10% als Manövriermasse bei finanziellen Engpässen festzulegen.

Die Erhaltung dieser Zuschüsse würde etwa eine Mio Euro kosten (für die freie Kultur gerade einmal 180.000 Euro). Der Schaden durch die jahrelangen Sperren und Kürzungen ist ungleich größer. Und diese mühsam eingesparte Million ist mit einem Wimpernschlag weg, wenn die Wirtschaft oder die Finanzmärkte einmal schwach husten. Dem unsozialen grün-schwarzen Kürzungshaushalt haben wir natürlich nicht zugestimmt.



Uli Franke, Stadtverordneter  
Die Linke

**Das Dauerproblem der Städte ist die strukturelle Unterfinanzierung.**

## LINKS GEDACHT

### DIGITALER STRESS

Darmstadt hat einen Preis gewonnen und darf sich nun Digitalstadt nennen. Zur Umsetzung wurde eine GmbH gegründet. Auf die Frage unserer Fraktion, warum das eine GmbH sein muss, gab der Oberbürgermeister folgende Antwort: Dies liege an der kurzen Projektdauer, die uns der Branchenverband „Bitcom“ vorgibt. Macht es aber wirklich Sinn, keine Zeit zu haben um zu überlegen was eine Digitalstadt bedeuten könnte? Lassen wir da nicht wieder Dinge mit uns geschehen, die wir vielleicht gerade nicht wollen? Wir lassen uns von der Wirtschaft unter Druck setzen, und nicht wir gestalten, sondern die beteiligten Unternehmen. Wenig Vertrauen erweckend ist auch, dass die Einsetzung eines Ethikbeirats allein Aufgabe der GmbH ist und die politischen Vertreter\_innen kein Mitspracherecht zur Zusammensetzung haben.

# Stadt - Planung

## Stadtplanung in Darmstadt zwischen Wunsch und Realität

**Der wichtigste Punkt der Stadtplanung ist die kommunale Planungshoheit.**

Das Baugesetzbuch (BauGB) bildet die gesetzliche Grundlage für stadtplanerisches Handeln. Hier werden Verfahren mit umfangreicher Öffentlichkeitsbeteiligung zur Aufstellung der Bauleitpläne geregelt.

Der Flächennutzungsplan für das gesamte Stadtgebiet, trifft Aussagen über die Verteilung von Wohn-, Gewerbe- und Freiflächen sowie wichtiger Verkehrsstrassen. Er bildet die Grundlage für die Ausarbeitung von detaillierten Plänen für Teile des Stadtgebietes, den Bebauungsplänen. Sie können neben Aussagen zu Art und Maß der Grundstücksausnutzung, gestalterische Festsetzungen, Festlegungen zu Fragen des Klima- und Naturschutzes enthalten und werden von der Stadtverordnetenversammlung als Satzungen beschlossen.

Informelle Planwerke, z.B. der Masterplan 2030+ zur Stadtentwicklung, können die Bauleitplanung ergänzen und sollen bei der Aufstellung der Bauleitpläne beachtet werden.

Der wichtigste Punkt bei der Betrachtung der Stadtplanung ist die kommunale Planungshoheit. Die Stadtplanung gehört zu den Selbstverwaltungsaufgaben einer Stadt und ist im Grundgesetz verankert (Art. 28 GG). Jede Stadt muss im Rahmen des BauGB ihre Entwicklung selbst bestimmen. Die Bauleitpläne sind das wichtigste Instrument der Kommunen, um die Stadtentwicklung zu steuern und so die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen miteinander in Einklang zu bringen.

Soweit die Theorie. Die Realität in Darmstadt sieht leider oft anders aus. Der Flächennutzungsplan Darmstadts



Wichtig ist nicht nur, dass gebaut wird, sondern, was gebaut wird.

Planung als Bauleitplanung gestalten. Auf der Strecke bleiben Nachbarschutz und die Möglichkeit der Stadt sozial und ökologisch gerechte Bodennutzung durchzusetzen.

Wir nehmen das nicht hin, kämpfen weiter für unsere Forderungen nach der Erstellung eines klaren Konzepts zur sozialen Bodennutzung, der Verpflichtung von Investoren zum Bau von Sozialwohnungen und Wohnungen für mittlere Einkommen (gesamt 45%), wo immer rechtlich möglich, der Anwendung eines Konzeptverfahrens bei Verkauf oder Verpachtung städtischen Baulands nach sozialen und ökologischen Kriterien, dem Vorrang von Erbbaurecht anstelle des Verkaufs und die Rückkehr der Bauleitplanung in die Hoheit der Stadtverordnetenversammlung.



Martina Hübscher-Paul, Stadtverordnete parteilos

**FÜR UNSERE STARKE LINKE!**

**Eine breite Diskussion über die Ziele der Stadtentwicklung ist dringend geboten.**

ist gute 10 Jahre alt und bedarf unserer Meinung nach einer grundlegenden Überarbeitung, um die Ziele der Stadtentwicklung umfassend neu zu diskutieren und festzuhalten. Bebauungspläne existieren leider nicht so flächendeckend, dass sie u. a. eine sozial-ökologisch ausgewogene Bodennutzung abbilden können. Großen Bereiche der Innenstadt, z.B. Mollerstadt, Echo-Quartier, in Bessungen sind unbeplant. Im sogenannten unbeplanten Innenbereich nach § 34 BauGB (im Zusammenhang bebauter Ortsteil) ist ein bauliches Vorhaben dann zulässig, wenn es sich in die städtebauliche Eigenart der näheren Umgebung einfügt und die Erschließung gesichert ist. Vorgaben in unserem Sinne zur sozialen und ökologisch ausgewogenen Bodennutzung können hier nicht gemacht werden. „Ein großes Manko, denn in

einer sich verdichtenden Stadt kann auf eine sozial und ökologisch ausgewogene Bodennutzung im Sinne einer guten Stadtgesellschaft nicht verzichtet werden“ so Martina Hübscher-Paul, „eine neue breite Diskussion über Ziele der Gesamt-Stadtentwicklung, sei es die Nutzung unserer Flächen, die Mobilität, die Sozialräumlichkeit ist dringend geboten um Fehlentwicklungen vorzubeugen“. Bei aller Kritik am Verfahren des Masterplans 2030+ wäre hier die Gelegenheit gewesen die künftige Entwicklung Darmstadts umfassend zu diskutieren, ob er das leisten kann? Auch die klassische Bauleitplanung schrumpft von der Angebotsplanung zur „vorhabenbezogenen Planung“, d.h. die Kommune verzichtet immer öfter auf ihre eigentliche Planungshoheit zugunsten der Planungen der Investoren, die dann im Auftrag für die Stadt ihre

## Rassismus in Darmstadt

### Zu diskriminierenden Polizeikontrollen

Darmstadt beschreibt sich selbst als „weltoffen“ und fördert Projekte gegen Diskriminierung und Rassismus. Doch gleichzeitig wurde in Darmstadt, in der JVA in Eberstadt, ein Abschiebegefängnis eingerichtet. Hier sollen Menschen inhaftiert werden, deren Asylantrag abgelehnt wurde und sie somit „ausreisepflichtig“ sind. Die schwarzgrüne Landesregierung gibt damit dem Rechtsruck in der Politik nach, und sortiert Menschen nach „erwünscht“ und „unerwünscht“.

**Die schwarzgrüne Landesregierung gibt dem Rechtsruck in der Politik nach.**

Auch im städtischen Alltag sind rassistische und diskriminierende Praxen zu beobachten. So startete die Polizei im vergangenen Jahr eine „Herbstoffensive“ an öffentlichen Plätzen in Darmstadt. Augenzeugenberichten zufolge werden z. B. auf dem Luisenplatz gezielt Menschen mit einem bestimmten Erscheinungsbild (z.B. dunkle Haut oder Haare) kontrolliert. Dabei geht die Polizei besonders martialisch vor, in dem sie den Luisenplatz mit einem Großaufgebot an Polizisten und Polizistinnen den Platz stürmt und einen Kessel bildet. Die zu kontrollierenden Personen werden dann in einer Reihe aufgestellt und müssen sich, vor den Augen der anderen Passantinnen und Passanten, einer Personalien- sowie Kleidungs- und



Das Bündnis „Community for all“ demonstriert für Solidarität mit Geflüchteten.

Taschenkontrolle unterziehen lassen. Dies ist eine entwürdigende Prozedur, wogegen sich die Betroffenen selbst nicht wehren können.

Auf der Website der Stadt schreibt OB Patsch selbst: „Diskriminierung und Rassismus sind mehr als gelegentlich anzutreffende Verhaltensweisen oder bedauerliche Ereignisse der Vergangenheit. Sie finden nach wie vor im alltäglichen Leben statt, sei es im Alltag,

im Beruf oder in der Sprache. Umso wichtiger ist es, rassistische Diskriminierungen als solche anzusehen und diesen Tendenzen - wie anderen demokratiefeindlichen - entgegenzutreten.“ (Ausschreibung des Preises „Gesicht Zeigen! Aktion weltoffenes Darmstadt“ auf [www.darmstadt.de](http://www.darmstadt.de))

Es wäre ein erster Schritt hin zu einer wirklich weltoffenen Stadt, wenn institutionalisierter Rassismus wie das Ra-

cial Profiling in Darmstadt keinen Platz hätte.



Kris Hartmann, Stadtverordnete Die Linke

# Der vergessene Kreis der Hölle

## Vom Darmstädter Wohnungsmarkt

Der Wohnungsmarkt ist mittlerweile nicht mehr nur in deutschen Großstädten wie München, Berlin oder Hamburg zur Hölle für alljene geworden, die gezwungen sind, sich auf Wohnungssuche zu begeben; nein, die Wohnungsknappheit und ihre Stilblüten sind mittlerweile auch in Darmstadt angekommen. Welche Missstände eine solche Wohnungsknappheit mit sich bringt, ist schon beim ersten Blick in die Wohnungsanzeigen diverser Internetportale ersichtlich. Nicht selten wird man auf geforderte Abstandszahlungen für Möbel und Geräte zu leisten, die ihren Zenit weit überschritten haben. Keine Anzeige kommt mehr ohne den Verweis aus, dass etwaige Mieter Lohnnachweise oder Schufa-Auskünfte zur Besichtigung mitbringen soll. Was in Einzelfällen sogar soweit geht, dass Wohnungssuchende aufgefordert werden, zur Besichtigung unterschrieben ein Dokument mitzubringen, dass dem möglicherweise zukünftigen Vermieter erlaubt, bei der Bank des Wohnungssuchenden Auskünfte über dessen Kontobewegungen einzuholen. Die Mietpreise im Bereich der Wohnungen, die eigentlich für niedrige bis mittlere Einkommen gedacht sind, belaufen sich auf horrenden Summen. Hier und da bezahlt man bis zu 20€ pro Quadratmeter.

Als wäre das alles nicht genug, muss sich jeder Wohnungssuchende noch durch die Rasterfahndung der Vermieter drücken. Ein bestimmtes Alter, keine Haustiere, Nichtraucher, nur Singles oder nur Paare, nur Studenten oder nur Arbeitnehmer mit unbefristeten Arbeits-

verträgen. Die Liste ließe sich beliebig um Faktoren wie beispielsweise Alter und Geschlecht erweitern.

Welche ökonomischen und psychischen Belastungen für die Wohnungssuchenden diese Bedingungen auf dem Wohnungsmarkt zur Folge haben, dürfte augenscheinlich sein. Doch auch die Kommunen sind durch diese Entwicklungen stärker belastet. Die Wohngeldbewilligungen in Darmstadt haben sich im Zeitraum von 2015 bis 2017 nahezu verdoppelt.

Die Mietpreisentwicklung selbst ist in weiten Teilen zurückzuführen auf die stetig zunehmende Geldmenge auf den Finanzmärkten und den niedrigen Leitzins der EZB. Der Leitzins wurde von der EZB seit Jahren immer wieder abgesenkt und befindet sich seit dem 10.03.16 bis heute bei 0%. Der niedrige Leitzins ermöglicht es, dass Banken zu extrem niedrigen Zinsen Kredite vergeben, mit denen dann z. B. Häuser oder Wohnungen gekauft werden. Im Focus vom 15.07.2017 ist der Kreditexperte Robert Tzschöckel zitiert: „Sobald die Zinsen um einen Prozent steigen, fallen die Hauspreise um 16%.“ Was das für die Mietpreise bedeutet, sollte klar sein.

Doch auch wenn die Stadt Darmstadt am Leitzins oder den Finanzmärkten nichts ändern kann, hätte sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten einige Mittel um die Preise in Darmstadt nicht explodieren zu lassen.

Da wäre als erster Punkt die Sozialwohnungen. Die Entwicklung der Sozialwohnungen und die damit zusammenhängende Wohnungspolitik der Stadt ist im

Artikel von Erhard Schleitzer (Seite 4) in dieser Ausgabe sehr ausdrücklich dargestellt. Wie diesem Artikel zu entnehmen, wird die Zahl der Sozialwohnungen immer kleiner. Dadurch steigt automatisch der Mietspiegel, an dem sich dann der Mietpreis für neu zu vermietende Wohnungen orientiert. Ganz abgesehen davon, dass es nicht sein kann, dass die Stadt die ökonomisch Schwachen nicht mehr ausreichend zu unterstützen gedenkt.

Der zweite Punkt ist der Ankauf von Sozialwohnungen. Da kaum mehr Sozialwohnungen gebaut werden, werden die meisten Sozialbindungen mittlerweile angekauft. D. h. Wohnungen aus dem Preissegment für niedrige und mittlere Einkommen werden aus dem Wohnungsmarkt herausgenommen. Der Ankauf von Sozialbindungen verschärft somit die Wohnungsnot, weil er Wohnungen von einem hart unkämpften Segment in eine anderes verschiebt, ohne auch nur einen einzigen Quadratmeter Wohnraum geschaffen zu haben. Mit solch einem Vorgehen kann man vielleicht Statistiken schönen, aber der Wohnungsnot wird man so nicht Herr.

Der dritte Punkt ist der Bau niedrigpreisiger Wohnungen. Wie der Artikel von Erhard Schleitzer zeigt, wurde nicht eine einzige Sozialwohnung von privaten Bauherren gebaut. Private Investoren interessieren sich eben nicht für das Gemeinwohl oder einen entspannten Wohnungsmarkt oder die Bedürfnisse einer Stadtgesellschaft. Sie interessieren sich für Rendite und Profit und dieser sind nicht im niedrigpreisigen Segment zu

holen. Nun hat die Stadt keine Mittel, um private Bauherren zu zwingen Wohnungen, zu vernünftigen Preisen zu bauen, aber sie kann der städtischen Baugesellschaft, namentlich Bauverein AG, anweisen, ausschließlich Sozialwohnungen und Wohnungen im Niedrigpreissegment zu bauen. Ein öffentliches Unternehmen wie der Bauverein muss keinen Gewinn abwerfen, sondern sollte sich stattdessen um die Interessen der Bürger und Bürgerinnen dieser Stadt kümmern.

Der letzte Punkt behandelt den Verkauf städtischer Flächen. Die Stadt hat in der Vergangenheit auch über den Verkauf ihrer noch verbliebenen Grundstücke viel zur Wohnungsnot beigetragen. Bei den Verkäufen der letzten Jahre, zählte für die Stadt immer nur, wer den höchsten Preis für das zu verkaufende Grundstück zahlte. Hätte die Stadt eher darauf geachtet, was auf diesen Grundstücken gebaut werden soll und wie sozial verträglich die geplante Bebauung ist, wäre ein entscheidender Beitrag zur Entspannung des Wohnungsmarktes geleistet worden. Stattdessen hat die Stadt mit ihrer Höchstpreisstrategie dafür gesorgt, dass auf den ehemals städtischen Flächen auch Wohnungen zu Höchstpreisen entstehen.

Wenn man all dies zusammen denkt wird klar: Die Mietpreisentwicklung der letzten Jahre in Darmstadt ist nicht einer fehlerhaften Politik der Stadt anzulasten, aber die Stadt hat auch nichts getan, um diese Entwicklung aufzuhalten. Im Gegenteil, sie hat sie zu einem Teil sogar gefördert.



Andreas Schulz,  
Fraktionsmitarbeiter  
Die Linke

**Die Stadt hat nichts getan, um die Mietpreisentwicklung aufzuhalten, im Gegenteil.**

# Haltestellen Willy-Brandt-Platz & viel mehr

An sich sollten nur die Haltestellen behindertengerecht gemacht werden durch „Kasseler Bord“ knapp 20 cm hoch: am Klinikum, am Willy-Brandt-Platz und an der Pallaswiesenstraße. Was herausgekommen ist bei bisher zwei Veranstaltungen im alten Landratsamt an der Rheinstraße: Viele Fragen, Zweifel und auch Zorn. Denn es soll nicht bei einem Umbau der Haltestellen bleiben. Geplant ist ein fragliches Bürgerbeglückungsprogramm. Dass der Kfz-Durchgangsverkehr nach Norden nicht mehr unter der „Seufzerbrücke“ fahren soll, sondern auf der Westseite von Mathilden- und W.-Brandt-Platz – geschenkt! Aber wie sollen Krankenwagen, Apothekengroßhandel usw. zum Ärztehaus kommen? Und Radfahrer werden sich dort nach wie vor durchwursteln müssen.

Nicht Bürgerwünsche fließen ein, sondern die Wünsche des Verkehrsunternehmens HEAG mobilo. Was an „Vermastung“ in der oberen Rheinstraße durch Einsprüche vermieden werden konnte, soll nun in der Frankfurter Straße wohl nachgeholt werden. Die Wandanker seien nicht mehr stabil genug, heißt es.

Dass Parken zwischen Bäumen nun wirklich illegal wird, die Landwehrstraße zur Einbahnstraße, Vieles haben Betroffene noch gar nicht mitbekommen.

Eine zähe Gemeinschaft hat sich gebildet, die sich nach den drei geplanten Bauabschnitten „ig3“ genannt hat. Durch öffentliche Treffen und Aktionen gibt es schon eine gewisse Bekanntheit.

„ig3“ hat im letzten Sommer genug Unterschriften gesammelt für eine Aufnahme in die Vorhabenliste zur Bürgerbeteiligung. Die Stadtverordneten aber haben dies faktisch abgelehnt. Denn was soll der Punkt 3 sonst bedeuten:

1. Der Magistrat nimmt den Antrag zur Anregung von Bürgerbeteiligung (...) zur Kenntnis.
2. Das Vorhaben wird auf die Vorhaben-

liste aufgenommen.

3. Der Anregung zur gemeinsamen Entwicklung von Varianten und Alternativen zur bestehenden Vorplanung wird nicht gefolgt.

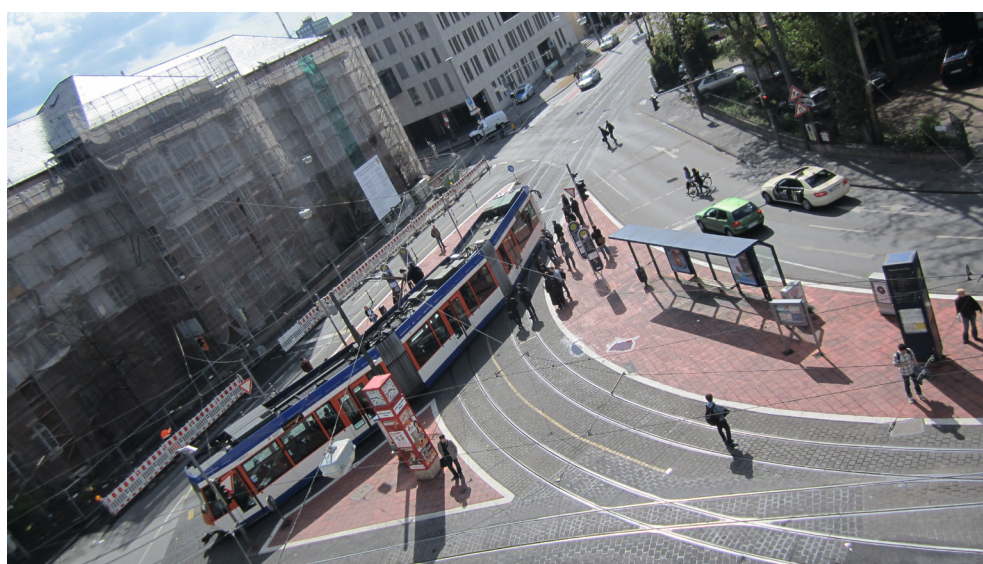
4. Es wird eine weitere Bürgerinformation vor dem Beginn des Planfeststellungsverfahrens durchgeführt.

Die Dichte von Architekten und Ingenieuren ist im Johannesviertel recht groß und es ist beachtlich, was bisher ig3 an alternativen Vorschlägen gesammelt hat. Nur: Sie wurden bisher weder zur Kenntnis genommen noch mit Beauftragten der Stadt diskutiert. Nun hat Ende Januar die „weitere Bürgerinfor-

mation“ stattgefunden. Wie das Wort schon sagt, floss die Information eigentlich nur in eine Richtung: von der Stadt zu den Bürgern. Aber es steht in den Leitlinien zur Bürgerbeteiligung (Fettschrift auch im Original):

„Die Beteiligung an den Angelegenheiten ihrer Stadt bietet Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, Planungs- und Veränderungsprozesse aktiv mitzugestalten. Mit Bürgerinnen und Bürgern meinen wir die gesamte Stadtgesellschaft. Bürgerbeteiligung wird dabei als ein **kooperativer Prozess** verstanden, der allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit bietet, sich im Rahmen einer lösungsorientierten Zusammenarbeit von Politik, Verwaltung und Bürgerschaft **mitgestaltend in Entscheidungsprozesse einzubringen.**“

**Eine gut gemeinte Planung erfordert Bürgerbeteiligung**



Werner Krone, Stadtverordneter  
DKP

**Nicht Bürgerwünsche fließen ein, sondern die Wünsche des Verkehrsunternehmens HEAG mobilo.**

**GUT INFORMIERT:  
WWW.LINKSFRAKTION-DARMSTADT.DE**

# Dramatischer Rückgang im sozialen Wohnungsbau in Darmstadt

**Eine Neuausrichtung der Wohnungsbaupolitik ist nötig**

Die Stadt Darmstadt ächzt unter der Wohnraumnot. Anfang des Jahres brachte die Linksfraktion Anfragen in das Darmstädter Stadtparlament zum sozialen Wohnungsbau ein. Die Antworten auf die Anfragen sind erhellend, aber auch ernüchternd.

Im Jahr 1987 verfügte Darmstadt noch über 15.000 Sozialwohnungen, das waren 22,6 Prozent aller Wohnungen. Seitdem sinkt die Zahl kontinuierlich und stark ab. 2010 gab es nach Angaben des Instituts Wohnen und Umwelt nur noch 5.369 Sozialwohnungen, was einem Anteil von 6,9 Prozent am Gesamtwohnungsbestand entspricht. Auf die aktuelle Anfrage der Linken antwortete die Stadt, dass in den Jahren 2015-2017 lediglich 309 Sozialwohnungen geschaffen wurden, gleichzeitig aber 818 Wohnungen aus der Sozialbindung gefallen sind. In den letzten 3 drei Jahren entstand somit ein Minus von 509 Sozialwohnungen. Auf der anderen Seite steigt die Zahl der BewerberInnen für eine Sozialwohnung. In den Jahren 2015-2017 hat sich Anzahl der Haushalte, die berechtigt eine Sozialwohnung suchen, nach Angaben des städtischen Wohnungsamts von 1800 auf 2800 erhöht.

## Die bisherige Wohnungsbaupolitik geht zu Lasten der unteren Einkommenschichten

Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen sind auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen. Anspruch auf eine Sozialwohnung haben nach dem hessischen Wohnraumförderungsgesetz Einpersonenhaushalte bis zu einem sozialversicherungspflichtigen Bruttoeinkommen von ca. 23.000, Zweipersonenhaushalte ca. 33.000. Besonders stark von der Wohnungsnot sind BezieherInnen von Transferleistungen nach dem SGB II („ALG II“, „Hartz IV“) betroffen. Da nur Kosten für sogenannten „angemessene Wohnungen“ übernommen werden, müssen, laut Antwort auf eine weitere klei-



Schön wohnen in Darmstadt ist leider nicht allen möglich.

ne Anfrage, 570 der Hartz IV-Betroffenen den Rest der Mietkosten aus dem Regelsatz bezahlen. Bei 134 Bedarfsgemeinschaften in Darmstadt liegt der Eigenbeitrag zur Miete bei über 100. Aktuell liegt der Regelsatz bei 409 für Alleinstehende. Für die Linksfraktion ist dies ein unhaltbarer Zustand, der die am Existenzminimum Lebenden zusätzlich belastet.

## Der öffentliche Wohnungsbau muss gestärkt werden

Die Antwort auf eine weitere Anfrage ergab, dass der neugeschaffene soziale Wohnraum ausschließlich durch öffentliche Wohnungsunternehmen bereitgestellt wurde. Kein einziger privater Investor/Bauherr hat auch nur eine einzige Sozialwohnung erbaut. Das muss natürlich Konsequenzen nach sich ziehen.

In einer Presseerklärung vom 9.4.18 fordert daraufhin die Linksfraktion: „Private Investoren müssen noch stärker in die Pflicht genommen werden, nicht nur Profite zu erwirtschaften, sondern auch ihren Beitrag

zum Gemeinwohl zu leisten. Aber auch der öffentliche Wohnungsbau muss stärker voran getrieben werden und mit entsprechenden Quoten für sozialen Wohnungsbau versehen werden.“ Im letzten Jahr hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, auch private Investoren zum Bau von Sozialwohnungen anzuhalten. Es ist nun genau zu beobachten, ob dieser Beschluss auch umgesetzt wird.

Die Stadt Darmstadt hat konsequent ihrer Aufgabe nachzukommen, genügend Wohnraum für niedrige und mittlere Einkommen sicherzustellen. Dazu gehört vor allem ein Grundstücksmanagement im Sinne des Gemeinwohls: Flächen dürfen nicht mehr nur an meistbietende Investoren verkauft werden, sondern beim Verkauf sind die Bieter nach sozial-ökologisch ausgewogenem und gemeinwohlorientiertem Konzept auszusuchen. Sozialer Wohnungsbau ist machbar. Bisher fehlte allein der politische Wille.



Erhard Schleitzer, Erweiterte Fraktion Die Linke

**Im Jahr 1987 verfügte Darmstadt noch über 15.000 Sozialwohnungen. Seitdem sinkt die Zahl kontinuierlich und 2010 gab es nach Angaben des Instituts Wohnen und Umwelt nur noch 5.369.**

# Ab durch die Mitte!

## Planung für Raddirektweg wird überprüft

Bei der Stadtverordnetenversammlung im Februar wurde über den Raddirektweg zwischen Frankfurt und Darmstadt beraten, der in den kommenden Jahren entstehen soll. Dabei war vor allem die Streckenführung in Darmstadt strittig.

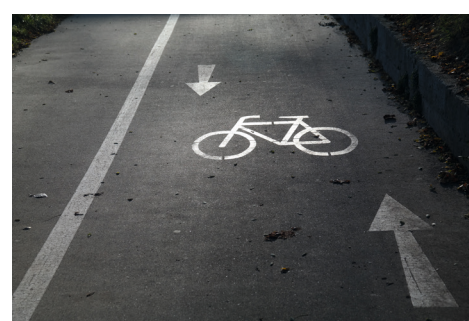
Zu kritisieren war erst einmal der Zeitrahmen: gerade ein Monat von der Veröffentlichung bis zur Abstimmung ist für eine planerische Magistratsvorlage zu wenig, um die Meinungsbildung in den Fraktionen abzuschließen, vor allem wenn es auch einen Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern sowie Verbänden geben soll. Auch der Magistrat selbst hatte die einschlägigen (Rad-) Verkehrsverbände nicht konsultiert.

Wir haben trotzdem nicht die Verschiebung der Beschlussfassung gefordert, denn dies wäre ein schlechtes Signal für das Gesamtprojekt gewesen. Die grundsätzlich sinnvolle Investition in die Rad-Infrastruktur sollte nicht ausgebremst werden.

Ein gravierendes Problem bei der Stre-

ckenführung wollten wir aber nicht auf sich beruhen lassen: Der Darmstädter Abschnitt führt nach der aktuellen Planung im Abschnitt von Arheilgen zum Hauptbahnhof komplett an Darmstadt vorbei. Dabei stellt die Planungsdezernentin in der Begründung zur Vorlage selber fest: „...eine gute Sichtbarkeit des Angebotes im Stadtgebiet, die Nutzung bestehender Straßen- und Radwegeverbindungen sowie ein stärkeres Sicherheitsempfinden zu Tagesrandzeiten durch mehr Kontrolle und Beleuchtung des Weges favorisieren eine Führung, die durch die Städte führt.“ Gemessen an diesem Ziel ist die Planung eine Fehlleistung, zumal in der Vorlage kein Grund für Abweichung genannt wird.

Wir beantragten also, dass bis Ende 2018 in einem Verfahren mit Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Verbänden geprüft wird, ob der Radweg auch durch das Stadtgebiet verlaufen kann und ein Endpunkt in der Nähe der Innenstadt möglich ist. Dieser



Wo soll er hin, der Raddirektweg?

Antrag erhielt eine deutliche Mehrheit. Wir hoffen sehr, dass ernsthaft nach einer innerstädtischen Streckenführung gesucht und am Ende eine gute Lösung gefunden wird.



Uli Franke, Stadtverordneter Die Linke

**DIE LINKE.**  
Stadtverordnetenfraktion Darmstadt

## Adresse

DIE LINKE-DARMSTADT  
STADTVERORDNETENFRAKTION  
Landgraf-Philipp-Anlage 32  
64283 Darmstadt

Telefon: 06151 - 6690310  
Telefax: 06151 - 6690533

info@linksfraktion-darmstadt.de  
www.linksfraktion-darmstadt.de  
facebook.com/linksfraktion.darmstadt

## Bürgersprechstunde

Ort: „LinksTreff Georg Fröba“

Unsere Stadtverordneten laden Sie herzlich ein, Ihre Anliegen und Anregungen im persönlichen Gespräch vorzutragen.

Zur Vereinbarung eines Termins erreichen Sie uns über die im nebenstehenden Kasten angegebene Telefonnummer oder auch per Email.

## Öffentliche Fraktionsitzungen

Ort: „LinksTreff Georg Fröba“

Termine:

11. September, 18:00 Uhr  
23. Oktober, 18:00 Uhr  
04. Dezember, 18:00 Uhr

## Spenden

Die Linke  
Stadtverordneten-  
fraktion Darmstadt

Ktn: 110 798 300  
Blz: 508 900 00  
Volksbank Darmstadt